Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevalsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

General-Anzeiger

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Bollin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto: Köln 15503.

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 75 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) — Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 32. Dienstag, den 8. Februar 1921. 44. Jahrgang

Kurze Tagesmeldungen.

Die deutsche Regierung ist aufgefordert worden, zum 1. März bevollmächtigte Vertreter nach London zu schicken.

Minister Dr. Simons hat die Einladung zur Londoner Konferenz, die am 1. März stattfinden soll, ausweichend beantwortet.

Frankreich soll mit Rücksicht auf die Stimmung in Amerika geneigt sein, die Londoner Konferenz bis nach dem Amtsantritt des Präsidenten Harding zu verschieben.

Lloyd George hat in Birmingham ausführlich über die Entwaffnungsfrage Deutschlands und die Entschädigungsfrage gesprochen.

Die Verbandsmächte haben den Beginn der Londoner Konferenz auf den 1. März ds. Js. festgesetzt.

Der Hansabund wendet sich in einer Erklärung namentlich gegen den Ausfuhrzoll in der Entschädigungsforderung.

In Dresden nahmen sozialistische und bürgerliche Massenversammlungen Stellung gegen die Pariser Beschlüsse.

Eine Massenversammlung der Unabhängigen in Leipzig lehnte die Pariser Bestimmungen als unerfüllbar ab und drohte mit Machtmitteln der Arbeiterschaft.

Die englische Presse äußert sich überwiegend zustimmend zu der Rede Lloyd Georges.

Aus dem Reiche.

Freizügigkeit der Arbeitnehmer.

Berlin, 8. Febr. Der Reichsarbeitsminister erklärte sich dem Vernehmen verschiedener Blätter nach für die baldige Aufhebung der die Freizügigkeit einschränkenden Bestimmungen der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen. Da auf Befragen der Landesregierungen die Spitzenverbände der Arbeitgeber dieser Auffassung des Ministers beitraten, steht die Wiederherstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer bevor.

Erhöhung der Gütertarife.

Berlin, 8. Febr. Die ständige Tarifkommission beim Reichsverkehrsministerium hat, wie die Montagspost hört, eine Vorlage beschlossen, die eine Erhöhung der Gütertarife um 60 bis 90 Prozent vorsieht. Für Rohstoffe, Massengüter wird eine Erhöhung um 60 Prozent, für Stückgüter und Fertigfabrikate eine solche von 90 Prozent vorgesehen. Man rechnet mit einer Mehreinnahme von 9 Milliarden nach diesen Tarifsätzen.

Abschaffung der Zwangspensionierungen in Baden.

Karlsruhe, 7. Febr. Baden war das erste Land im Reich, das die Zwangspensionierung der Beamten, sobald sie das 65. Lebensjahr zurückgelegt hatten, eingeführt hat. Schon das Beamtengesetz vom Jahre 1908 hatte der Regierung das Recht gegeben, einen Beamten nach Zurücklegung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand zu versetzen, während anderseits der Beamte das Recht hat, von diesem Zeitpunkt an ohne Angabe eines Grundes seine Zurruhesetzung zu verlangen. Von dieser Vorschrift ist aber nahezu gar kein Gebrauch gemacht worden, so daß die Ueberalterung der Beamtenschaft in Baden einen nahezu bedenklichen Grad erreicht hatte. Das Staatsministerium hatte deshalb unterm 2. Mai 1919 beschlossen, daß alle Beamten, die nach Zurücklegung ihres 65. Lebensjahres nicht um ihre Verabschiedung nachgesucht haben, ohne weiteres in den Ruhestand versetzt werden müssen, sofern nicht in besonders begründeten Ausnahmefällen der Beamte auf Ansuchen noch länger im Dienst behalten wird. Durch diese zwangsweise Zurruhesetzung hat der Staat vielfach auch noch recht wertvolle Beamte, die ihm noch mehrere Jahre schätzenswerte Dienste hätten leisten können, verloren, und vielfach war er gar nicht in der Lage, alsbald für die verabschiedeten Beamten einen vollwertigen Ersatz zu finden. Er war deshalb vielfach gezwungen, verabschiedete Hochschullehrer oder auch Beamte zu bitten, ihre Stellung weiter zu versehen, bis sich ein geeigneter Nachfolger findet. Ein Antrag der demokratischen und Zentrumsabgeordneten verlangt nun, daß in Zukunft ein Beamter nach Zurücklegung seines 65. Lebensjahres nur dann in den Ruhestand versetzt werden soll, wenn er es selbst beantragt, oder wenn er wegen körperlicher oder geistiger Leiden seinem Dienst nicht mehr gewachsen ist. An der Annahme dieses Antrages im Landtag ist nicht zu zweifeln, da aller Voraussicht nach auch die Deutschnationalen für ihn eintreten werden, und nicht alle Sozialdemokraten Gegner des Antrages sind.

Vorbereitungen für die Londoner Konferenz.

Die Antwort auf die Einladung wird formuliert.

Berlin, 7. Febr. Das Reichskabinett hat sich gestern in zwei Sitzungen, von denen sich die eine bis in die frühen Abendstunden hinzog, mit der Antwort auf die Einladung nach London beschäftigt. Es sind während der Verhandlungen, über die selbstverständlich strengstes Stillschweigen bewahrt wird und über die kein Communiqué herausgegeben werden soll, ausschließlich die Fragen der Reparation im Zusammenhang mit den deutschen Vorschlägen besprochen worden und die daraus herzuleitenden Möglichkeiten künftiger Erfolg versprechender Verhandlungen. Alle übrigen Arbeiten sind auf einen späteren Termin hinausgeschoben worden. Daß alle Arbeiten, die mit der Reparation zusammenstehen, unbedingt den Vorrang vor allen übrigen haben müssen, war auch die Auffassung der Konferenz der Ministerpräsidenten vom Samstag. Wenn auch der bayerische Vertreter, Herr von Kahr, sich erst nach langem Zuspruch dazu bequemt hat, keinen Einspruch gegen die Absichten der Regierung zu erheben, so ändert sich doch nichts an der Tatsache, daß nunmehr die **Vorarbeiten für London ausschließlich auf der Grundlage der Reparation durchgeführt werden.**

In der Konferenz hatte sich Herr **von Kahr** zunächst auf den bekannten bayerischen Standpunkt gestellt, daß beide Noten, also die über die Entwaffnung und die über die Wiedergutmachung, zusammen abgelehnt werden müßten. Minister **Simons** erwiderte, daß die Note über die Entwaffnung doch lediglich die Antwort auf die deutsche sei, in der um Fristverlängerung ersucht würde. Diese sei zugestanden worden, und die Entente sei damit über den Friedensvertrag hinaus gegangen. Es liege nicht im Interesse des Reiches, wenn die bayerische Regierung auf einmal überhaupt die Aufhebung der Einwohnerwehren verweigert. Da auch alle süddeutschen Staaten, von Preußen und Sachsen ganz zu schweigen, den Aeußerungen Simons zustimmten, und nachdem der Reichskanzler noch einmal dem bayerischen Ministerpräsidenten alle Gründe gegen die bayerischen Wünsche auseinandergesetzt hatte, wurde Herr von Kahr schwankend und erklärte, zwar keinen Einspruch zu erheben, die Entscheidung dem Münchener Kabinett überlassen zu wollen. Ob sich daraus eine bayerische Ministerkrise entwickeln wird, hängt von den heutigen Beratungen in München ab.

Auf Grund der in der heutigen Kabinettssitzung ausgearbeiteten Richtlinien für die Antwort auf die Einladung zur Londoner Konferenz ist das Auswärtige Amt zur Zeit damit beschäftigt, diese Antwort nunmehr zu formulieren. **Die Antwort wird bald abgehen.** Sie geht **über Paris an den Obersten Rat** und wird sofort der Oeffentlichkeit bekannt gegeben werden, wenn sie an ihren Bestimmungsort gelangt ist. Bis dahin sind alle Vermutungen über ihren Inhalt hinfällig. Unabhängig davon werden die **Vorarbeiten für die deutschen Gegenvorschläge durchgeführt, die man in etwa 14 Tagen beendet zu haben hofft.**

Die Einladung auf den 1. März.

Paris, 8. Febr. Havas berichtet aus London: Reuter meldet, daß die Alliierten eine förmliche Einladung an die deutsche Regierung ergehen lassen werden, in der sie die deutsche Regierung ersuchen, Vertreter nach London zu der Konferenz zu entsenden, auf der die Reparationsfrage behandelt werden soll. Der Zeitpunkt für die Konferenz ist nunmehr auf den 1. März festgesetzt.

v. Kahr über die Berliner Besprechungen.

Tel.-Union meldet aus **München**, daß der bayerische Kabinettsrat zu einer Sitzung zusammentrat, in der Ministerpräsident von Kahr über das Ergebnis der Berliner Besprechungen der einzelstaatlichen Ministerpräsidenten Bericht erstatten wird. Im Anschluß daran wird eine amtliche Mitteilung über das Ergebnis der Konferenz und die Stellung der bayerischen Regierung dazu ausgegeben werden.

Deutsche Gegenvorschläge.

Berlin, 8. Febr. Von gut unterrichteter Seite erfahren wir, daß die Vorbereitungen zur Lösung des **Entschädigungsproblems** und der nach **London** einberufenen Konferenz innerhalb der Deutschen Regierung nunmehr vor einem Abschluß stehen. Die Deutsche Regierung wird im Laufe dieser Woche an die alliierten Regierungen eine Mitteilung richten, in der die Gegenvorschläge über das Entschädigungsproblem angekündigt werden. Der Auswärtige Amt wird in den nächsten Tagen gegen die an Deutschland gestellten **Entwaffnungsforderungen** an die alliierten Regierungen eine Note richten, in der sie darauf hinweist, daß ein Teil der gestellten Forderungen bereits erfüllt ist, während ein anderer Teil über das Abkommen von Spaa und über den Friedensvertrag von Versailles hinausgeht. In den hauptsächlichsten Differenzpunkten handele es sich nur um Meinungsverschiedenheiten, die durch eine Aussprache mit den alliierten Regierungen beseitigt werden könnten. In der Note wird festgelegt, daß die Deutsche Regierung alles getan habe, um ihren Entwaffnungspflichten nachzukommen. Zur Frage der **Kohlenlieferungen** hören wir, daß nach der Regelung der Entschädigungsfrage bereits Verhandlungen stattfinden, bei denen die Deutsche Regierung den Standpunkt einnimmt, daß die umfangreichen Kohlenlieferungen Deutschlands an Frankreich die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft außerordentlich beschränken und es nahezu **unmöglich** machen, Entschädigungszahlungen an die alliierten Regierungen zu entrichten. Unter Hinweis auf die weitere Fortsetzung der gewaltigen Kohlenlieferungen an Frankreich will die Deutsche Regierung den Antrag stellen, einen Teil der Kohlenlieferungssumme in den Dienst der Reparation zu stellen und sie in der deutschen Wirtschaft für die Entschädigungszahlungen zu verwenden.

Kundgebungen gegen die Pariser Beschlüsse im ganzen Reich.

München, 8. Febr. Eine gestern vor der Feldherrnhalle abgehaltene Versammlung von 20 000 Münchenern sandte an den Reichsminister des Aeußern folgendes Telegramm:

„Die hier versammelten Deutschen aller Kreise fordern von der Reichsregierung die sofortige **strikte Ablehnung** der Pariser Beschlüsse der Entente mit einem klaren Nein. Aufs schärfste verurteilen sie jeden Deutschen, der es wagen sollte, seine Hand dazu zu bieten, unter diesen **Selbstmord**, der die Unterzeichnung dieses Erzeugnisses **perversen Uebermutes ist**, seine Unterschrift zu setzen. Die Reichsregierung hat nicht nur auf scheinbare materielle Vorteile zu achten, sondern vor allem zu sein ein Hüter der Ehre und des Leben Deutschlands."

In Leipzig

beriefen die **Leipziger Unabhängigen** gestern nach dem Zoo eine Massenversammlung ein. Reichstagsabgeordneter Seeger bezeichnete die in Paris getroffenen Abmachungen als unerfüllbar. Die geforderte 12prozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr bedeute eine Strangulierung des deutschen Wirtschaftslebens, gegen die die deutsche Arbeiterschaft Widerspruch erhebt und eventuell die Mittel ergreifen wird, die schon einmal die Arbeiter gegen Ungarn angewendet haben.

Der letzte Hinweis hätte ruhig unterbleiben können. Der Abgeordnete Seeger hat seinen Zuhörern wohlweislich nicht gesagt, daß die Blockade der Amsterdamer Internationale gegen Ungarn absolut wertlos war und nach kurzer Zeit von selbst zum Zusammenbruch verurteilt war.

Die Dresdener Arbeiterschaft

veranstaltete gestern zum Protest gegen die Ententeforderung in sechs Versammlungen gemeinsame Kundgebungen. In allen Versammlungen wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der betont wird, daß die Forderungen der Entente undurchführbar seien und in scharfem Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages stehen. Zum Schluß heißt es:

Die Dresdener Arbeiterschaft richtet in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages und des sächsischen Landtages sowie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Arbeiter aller Länder die Aufforderung, auf ein Zustandekommen von Verhandlungen hinzuwirken, die unter Berücksichtigung der internationalen gleichen Arbeiterinteressen das Reparations-Problem einer praktischen für alle Welt nützlichen Lösung entgegenführen.

Wie gemeldet wird, sind auch im Laufe des gestrigen Tages eine **Fülle von Telegrammen** bei der Reichsregierung von Ablehnern aller Richtungen von Parteien eingegangen, die auf die verhängnisvolle Wirkung der Pariser Beschlüsse hinweisen und die Regierung bitten, an dem **ablehnenden Standpunkt** festzuhalten, der durch die Rede des Außenministers Simons bezeichnet worden ist. Insbesondere wenden sich die Vertreter der Exportindustrie gegen den **12prozentigen Zuschlag.**

Die englische Presse zu Lloyd Georges Rede.

London, 8. Febr. Die gesamte Presse nimmt zur **Lloyd Georges-Rede in Birmingham** Stellung. Die Blätter stimmen der Rede zu. „Observer" schreibt, das ganze Land stehe fest **hinter** Lloyd George und seiner Forderung, daß **Deutschland alles bezahlen** müsse, was es zahlen **könne, ohne Schaden** für die **gesamte europäische Gemeinschaft.** Die „Times" ist vollkommen mit der Rede Lloyd Georges **einverstanden.** Das Blatt schreibt: Es sei die Rede eines Mannes, der sein Ziel klar vor Augen sehe. Das Blatt erwartet, daß die Warnung Lloyd Georges ihre Wirkung auf die verantwortlichen Persönlichkeiten haben werde, die jetzt das Ohr des gläubigen Wählers kitzeln, indem sie laut das deutsche Leid schildern. „Daily Mail" schreibt: Lloyd George habe in Birmingham Simons so gut wie eingeladen, nach London mit alternativen **Vorschlägen** zu kommen. „Daily Chronicle" schreibt, die Parteien seien in der Wiederherstellungsfrage übereinkommen. Auf der bevorstehenden Londoner Konferenz müsse jedoch die **Zustimmung Deutschlands** eingeholt werden. Was Lloyd George über letztere Frage gesagt habe, verdiene sorgfältige Erwägung nicht nur seitens der deutschen Regierung und seitens Dr. Simons, sondern auch seitens des ganzen deutschen Volkes. Die Deutschen müßten die deutschen Erklärungen Lloyd Georges zur Kenntnis nehmen, daß er und auch die Verbündeten das **„Stinnesziel"** kennen und entschlossen seien, es nicht zuzulassen. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß das Stinnesprogramm in Deutschland große Unterstützung findet. Es sei an der Zeit, daß die deutsche öffentliche Meinung sich vor Augen halte, wie teuer diese Unterstützung Deutschland zu stehen kommen würde. Das Blatt betrachtet die letzte Rede Dr. Simons im Deutschen Reichstag als einen Kompromiß mit den reaktionären Parteien. Simons habe diese Dinge mit der Stimme von 1914 gesagt. Er müsse mit seiner eigenen Stimme abrechnen. Das Stinnesprogramm könne sich bezahlt machen, wenn die Verbündeten untereinander uneinig wären. Das wären sie aber nicht. Sie hätten nicht nur beschlossen, daß Deutschland erfüllen müsse, sondern auch was sie tun würden, wenn Deutschland nicht annehme. „Daily Telegraph" schreibt, es sei zu

hoffen, daß Simons Reden auf der Londoner Konferenz mit etwas mehr gesundem Menschenverstand gehalten würden als die in Paris. Wenn man nur die langweiligen Versicherungen von Deutschlands Unschuld und seiner unverdienten rauhen Behandlung hören würde, würde die Anwesenheit der deutschen Vertreter in London nicht von großem Nutzen sein.

Eine Kohlenkrisis in Frankreich?

Die Folgen der Spaalieferungen.

Luxemburg 7. Febr. Wie haben bereits mitgeteilt, daß ab 15. Februar der freie Kohlenhandel in Frankreich wieder hergestellt werden wird. Inzwischen häufen sich die Stimmen in Kohlenkreisen über beginnenden **stockenden Absatz der Kohlenzechen.** Die Nachricht erscheint auf den ersten Augenblick unglaubwürdig, doch ist dies tatsächlich der Fall. Frankreich, das in normalen Zeiten jährlich 75 Millionen Tonnen Kohle verbrauchte, jetzt aber monatlich kaum über 4 500 000 Tonnen verfügt, steht wegen Ueberhandnahme der Brennstoffe am Vorabend einer Krisis. In der Tat lagern im Becken von **Pas de Calais** auf den Kohlenzechen über 100000 Tonnen, für die kein Absatz möglich ist. Täglich werden den Zechen ganze Waggonladungen verweigert, weil die Aufnahmefähigkeit der Abnehmer ihre Höchstgrenze erreicht hat. Im Kohlenbecken des **Nord et Departements** sind die lagernden Kohlenmengen **noch stärker** als in denjenigen von Pas de Calais und werden mit 115 000 Tonnen angegeben; in **Carmeaux** lagern auf den Zechen 15 000 Tonnen, in Albi 8000 Tonnen, bei Decazeville 8000 Tonnen usw. Die leitenden Männer der Kohlengebiete sind einstimmig der Meinung, daß, falls dieser Zustand nur noch zwei Wochen andauern wird, eine **Arbeitseinstellung** mit ihren Nebenerscheinungen die Folge sein wird. Die Ursache dieser ungesunden Lage sind die **allseitig aufgestapelten Kohlenmengen deutscher, englischer und amerikanischer Herkunft.**

Saarbrücken, 7. Febr. Die Gesamtzahl der seit Jahresschluß 1920 über entlassenen Arbeiter der Saarindustrie beläuft sich auf 2000 Mann. Jede der eingelegten Feierschichten stellt sich für die Saargruben auf einen Lohnausfall von 5½ Millionen Mark. Massenversammlungen der Arbeiter fordern von der Saarregierung die sofortige Bildung des Saarparlaments, sowie die Einführung des deutschen Betriebsrätesystems. Von den Gemeinden wird die Ausschreibung von Notstandsarbeiten für die Entlassenen verlangt.

*

Schädigung der Schweiz durch die Ausfuhrtaxe.

Zürich, 7. Febr. Die „Züricher Post" sagt, daß die Schweiz, die auf fremde Einfuhr angewiesen sei und jährlich für 500 Millionen Franken deutsche Ware einführe, auf Grund der Ausfuhrsteuer jährlich 60 Millionen Franken an die Entente als **Beitrag** für die Kriegskosten leisten würde. Außerdem würde die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz Italien, Frankreich und England in die angenehme Lage versetzen, ihre Waren 10 Prozent teurer an die Schweiz zu liefern, so daß eine Mehrbelastung der Schweiz um 250 Millionen Franken auf Grund der neuen Pariser Beschlüsse eintreten müßte.

Die deutsche Presse an Oberschlesien

In der Sitzung des Gesamtvorstandes des Reichsverbandes der deutschen Presse, der in Breslau im Sitzungssaal des Oberpräsidiums zusammentrat, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der heute in Breslau vor den Toren des oberschlesischen Abstimmungsgebietes tagende Gesamtvorstand des Reichsverbands der deutschen Presse entbietet den im harten Kampf vor der Entscheidung stehenden Brüdern seinen Gruß. Seit vielen Jahrhunderten ist Oberschlesien deutsches Land. Durch deutsche Arbeit, durch deutschen Siedler- und Gewerbefleiß hat das oberschlesische Volk die Segnungen einer höheren Zivilisation und stärkeren wirtschaftlichen Aufschwung empfangen. Der Versailler Frieden hat bewirkt, daß mitten in friedlicher Arbeit durch einen rücksichtslosen Kampf gegen die deutsche Nationalität Zwietracht unter der oberschlesischen Bevölkerung entfacht wurde.

Die Bodenschätze Oberschlesiens kommen der **gesamten Weltwirtschaft zugute;** und der Staat, der sie besitzt, hat das Mandat ihrer pfleglichen Behandlung und größtmöglichen Verwertung. Da für aber bietet nur Deutschland und nimmermehr Polen die Gewähr. Die deutsche Presse hat in einheitlicher Front ohne Unterschied der Partei das Ringen der Oberschlesier um die Erhaltung ihrer Heimat beim deutschen Vaterlande, um die Rettung deutscher Kultur und deutschen Gewerbefleißes vor drohendem Untergang mit wärmster Anteilnahme unterstützt.

Sie wird es weiterhin tun, damit der Tag der Entscheidung sich zu einem **überwältigenden Sieg,** oberschlesisch-deutscher Kultur und Gesittung gegen polnische Begehrlichkeit und Unkultur gestaltet. In festem Vertrauen auf die Heimattreue der Oberschlesier wird die deutsche Presse nicht müde werden, zum letzten Abstimmungskampf aufzurufen, damit jeder seine Pflicht tut und Oberschlesien und Deutschland zum Segen einer Jahrhunderte alten gemeinsamen Kultur für immer miteinander verbunden bleiben."

Vor Eintritt in die Verhandlungen des Reichsverbandsvorstandes hatte der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien, Zimmer, in einer Begrüßungsansprache unter anderem ausgeführt: „Vornehmste Aufgabe für die nächste Zeit ist, auf die ungeheure Wichtigkeit Oberschlesiens für das Wirtschaftsleben ganz Deutschlands, insbesondere Schlesiens, hinzuweisen. Falls Oberschlesien, was ja nicht anzunehmen sei, unterloren gehe, so würde auch die übrige Provinz Schlesien wirtschaftlich zum erheblichsten Teil vernichtet werden."

Darauf antwortete der Vorsitzende des Reichsverbandes, Chefredakteur, Reichstagsabgeordneter **Rippler,** indem er dem Oberpräsidenten für die verständnisvollen Worte über die Bedeutung der Presse und das Zusammenwirken mit den Behörden dankte. Die Trennung Oberschlesiens vom Reich sei nicht nur eine oberschlesische oder preußische Sache, sondern Sache des ganzen europäischen Festlandes.

131 amerikanische Milchkühe für Rheinland und Westfalen.

Bremen, 8. Febr. Zu dem amerikanischen Milchkühetransport erfahren wir noch, daß Verhandlungen im Gange sind, um weitere Viehtransporte von Amerika nach Deutschland zu ermöglichen. Von den 742 in Bremen angekommenen Kühen entfallen 131 auf Rheinland und Westfalen. Der Wert dieser Kühe beträgt 8 Millionen Mark.

Die Bayrischen Kommunisten.

München, 7. Febr. In einer **Einspruchsversammlung** der hiesigen **Kommunisten** bezeichnete Thomas jeden Arbeiter, als einen Hundsfott, der deutsche Massen an den Verband verrate. Der Abgeordnete Graf wandte sich **gegen jedes Verhandeln mit dem westlichen Kapitalismus** und befürwortete ein Schutz- und Trutzbündnis vom Ural bis zum Rhein. Ein Krieg müsse nach Möglichkeit vermieden werden, jedoch nicht auf Kosten des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiter. Der Abgeordnete Gareis erntete Widerspruch, Gelächter und den Vorwurf des Verrats an der Arbeiterschaft, als er darzulegen versuchte, daß das Diktat von Paris nur Vorschläge enthalte.

Bergarbeiter-Verbände und Regierung.

Berlin, 7. Febr. Wie wir erfahren, werden die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Bergarbeiterverbände wieder aufgenommen. Die bis jetzt abgehaltenen Besprechungen nahmen einen zufriedenstellenden Verlauf. Die Bergarbeiter-Vertreter haben sich damit einverstanden erklärt, daß vorläufig die Ueberschichten bis zum Abschluß der Verhandlungen weiter verfahren werden. Eine Kommission, die mit den Vorarbeiten beschäftigt ist, wird über bereits bestimmte Vorschläge zu beraten haben.

Die Verhandlungen gegen die Führer der Roten Armee.

Essen, 7. Febr. Am 14. Februar beginnt die Verhandlung gegen die kürzlich im Ruhrgebiet verhafteten Führer der zu bildenden Roten Armee vor dem Sondergericht des Gruppenkommandos 2 in Kassel. Zu den sechs in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten sind weitere vier Personen verhaftet worden. Die Anklage fußt auf der bekannten Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 über die Bildung von Verbänden militärischer Art.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 8. Februar.

Unrecelle Geldsammler.

Bekanntlich wird zur finanziellen Sicherstellung der Abstimmung in Oberschlesien unter dem Namen „Grenzspende" schon seit langem Geld gesammelt. Die Grenzspende ist die einzige rechtmäßige Sammlung für Oberschlesien und ihre Durchführung haben alle Banken, zahlreiche Zeitungen und vor allem die Bezirksgruppen der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier übernommen. Neuerdings haben sich unter den verschiedensten Namen Vereine gebildet, die angeblich auch für Oberschlesien sammeln. Auch Einzelpersonen versuchen, aus der Not des Vaterlandes Kapital zu schlagen. In den weitaus meisten Fällen handelt es sich dabei um betrügerische Machenschaften für den eigenen Geldbeutel. Wer daher sicher gehen will, daß seine Spenden richtig verwandt werden, überweise seinen Beitrag für die Grenzspende auf das Konto bei dem hiesigen Barmer Bank-Verein, unter der Bezeichnung Schlesierspende.

Es ist noch viel Geld nötig und gar schwach sind bisher in Gevelsberg die Spenden eingegangen. An anderen Orten ist es etwas besser. In Elberfeld hat man die erste Million überschritten und an den meisten anderen größeren Orten konnte man der Zentrale schon Zehn- und Hunderttausende überweisen. Aber all das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein! Ueber dreihunderttausend Abstimmungsberechtigte sind zu befördern, zu verpflegen, unterzubringen, zu entschädigen; es muß für die Kinder gesorgt werden, die zu Hause bleiben, wenn die Eltern nach Oberschlesien reisen. Kranke und alte Leute, die zurückbleiben, müssen anderweitig untergebracht werden und noch manche andere kostspielige Aufgabe ist zu lösen. Das Reich darf keinerlei Geldmittel zur Verfügung stellen und sogar die Eisenbahn muß durch die Grenzspende bezahlt werden. Wird sich das deutsche Volk der Ernstes der Stunde bewußt werden? Bisher sind es nur wenige, die erkannt haben, worum es bei Oberschlesien eigentlich geht. Aber keiner darf fehlen! Jedem rufen wir zu

Gebt für Oberschlesien!

*

— **Für die Oberschlesier-Spende.** Auf den heute abend im Hotel „Zur Hause" stattfindenden karnevalistischen Ball, dessen Reinertrag sowie 5 Prozent der Einnahme für die Oberschlesier-Spende bestimmt sind, wird nochmals empfehlend hingewiesen.

— **Die Prüfung und Feststellung** der eingegangenen Wahlvorschläge für die Wahl zum Provinziallandtag und zum Kreistag findet am Donnerstag den 10. Februar nachm. 4 Uhr im Kreissaal — Schwelm, Barmerstraße 41 — statt.

— **Bürgerverein.** Den Bericht über die gestrige außerordentlich gut besuchte Versammlung können wir erst in der morgigen Ausgabe veröffentlichen.

— **Berichtigung.** Der Vorstand des Zentrumsvereins bittet, genau beachten zu wollen, daß die für Freitag geplante Frauenversammlung am Donnerstag den 10. d. M. nachm. 6 Uhr im Saale des Hotels „Zur Hause" bestimmt stattfindet. Die Vortragende, Frau Anton, Hagen, ist Freitag dringend verhindert und spricht also Donnerstag über das Thema: „Die christliche Frau und das Zentrum". Keine christliche Frau darf fehlen. Erscheinen ist Ehrenpflicht. Näheres in den Anzeigen.

— **Ermittelt.** Der Dieb des beim hiesigen Elektrizitätswerk vor einiger Zeit entwendeten Treibriemens konnte in der Person des Arbeiters B. ermittelt werden. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß sich der Verdacht gegen die Arbeiter Karl Kampf und Heinrich Kreis als völlig unrichtig herausgestellt hat.

— **Vom Jugendamt.** Das Jugendamt hat Karten der Preußischen Landesaufnahme (Generalstabskarten) über Gebiete der näheren und weiteren Umgebung beschafft. Die Karten eignen sich infolge ihrer Genauigkeit und Uebersichtlichkeit sehr dazu, bei Wanderungen als unentbehrliche Führer zu dienen, da sie jeden versteckten Weg, jeden Hügel, jedes Bächlein bezeichnen. Die Karten werden den Ortsausschuß für Jugendpflege angeschlossenen Vereinen und Gruppen wie auch den Schulen zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung gestellt.

— **Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener.** In der am Sonntag den 6. Februar zahlreich besuchten Generalversammlung der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener, Ortsgruppe Gevelsberg, fand Neuwahl des Vorstandes statt. An Stelle des ausscheidenden 1. Vorsitzenden, Kamerad Wilhelm Klein wurde Lehrer Overkott gewählt. Dem zurückgetretenen Vorsitzenden spricht die Ortsgruppe für seine aufopfernde Tätigkeit, die er seit Gründung der Vereinigung zum Besten der Mitglieder entfaltet hat, und für die mühevolle Arbeit, die mit dem Anwachsen der Ortsgruppe auf über 250 Mitglieder, sich stets häufte, die er aber mit größter Hingabe neben seiner beruflichen Tätigkeit auf seine Schultern nahm und sich wie selten einer auch für die Interessen der Mitglieder voll und ganz einsetzte, herdurch ihren Dank aus. Möge die Ortsgruppe auch weiterhin zur Zufriedenheit und zum Besten aller blühen und gedeihen!

— **Wählerversammlung der Deutschnationalen Volkspartei.** Die Wählerversammlung der Deutschnationalen Volkspartei, für die Frau Hedwig Hoffmann in Bochum als Rednerin erschienen war, hatte kein volles Haus zu verzeichnen; der geräumige Saal wies noch recht große Lücken auf. Die Angehörigen der Linksparteien fehlten ganz, sodaß sich von anderer Seite in der Aussprache nur Mitglieder der Deutschen Volkspartei zum Wort meldeten. Der Rede von Frau Hoffmann

---

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

11) (Nachdruck verboten.)

„Eines Mordgesellen, der nach aller Wahrscheinlichkeit zuvor in dieser Wohnung gewesen war," fügte Dombrowski hinzu. „Es bleibt kaum eine andere Annahme übrig, denn der Zettel des Herrn Hollfelden wurde, weit von der Eingangstür entfernt, im Innern der Wohnung gefunden. Nur ein Eingeweihter oder Hinausgehender konnte ihn auf solche Weise verschleppt haben, es wäre denn, daß irgendwelche übernatürlichen Mächte ihre Hand im Spiel gehabt hätten."

Der Oberstleutnant wollte antworten, aber er wurde durch den Umstand daran verhindert, daß Hollfelden, nachdem er einen Blick auf seine Taschenuhr geworfen, plötzlich aufstand und in hastigen Worten erklärte, durch eine Verabredung zum Aufbruch gezwungen zu sein. Seine Blässe und seine nervöse Unruhe hätten in diesem Moment auch einem oberflächlichen Beobachter in die Augen fallen müssen, und es war etwas wie herzliche, fast väterliche Besorgnis in dem Blick, den der Oberstleutnant auf seinem Gesicht ruhen ließ.

„Ihre Verabredung wird Sie hoffentlich nicht hindern, sich frühzeitig schlafen zu legen, lieber junger Freund," sagte er zwischen Ernst und Scherz. „Ich glaube beinahe, daß Sie sich in der letzten Zeit ein bißchen zu viel zugemutet haben, in der Arbeit und vielleicht auch in der Zerstreuung. Ein paar Nächte voll ordentlichen, gesunden Schlafes sind noch immer das beste Mittel gewesen, die gestörte Ordnung herzustellen."

Er schüttelte ihm kräftig die Hand und Hainau folgte seinem Beispiel. Dr. Dombrowski aber hatte sich erhoben und war an einen anderen Tisch getreten, noch ehe Hollfelden sich zu ihm hatte wenden können. So verließ der junge Sekretär das Zimmer, ohne sich von dem Polen verabschiedet zu haben.

4. Kapitel.

Sobald sich die Tür hinter dem Fortgehenden geschlossen hatte, kehrte Dr. Dombrowski an den Tisch des Oberstleutnants zurück und nahm, ohne ein Wort zu sprechen, seinen vorigen Platz wieder ein.

Für die Dauer einiger Minuten herrschte tiefes Schweigen zwischen den Dreien, dann wandte sich der Oberstleutnant mit tieferem Ernst, als es sonst seine Art war, an Dombrowski:

„Ich kann nicht verhehlen, lieber Doktor, daß Ihre Fragen und Bemerkungen bei unserem eben geführten Gespräch mich ein wenig befremdet haben. Zuweilen hätte man beinahe versucht sein können, etwas Besonderes dahinter zu vermuten."

„Etwas Besonderes? — Inwiefern, Herr Oberstleutnant?"

„Etwas wie, nun, uns es gerade herauszusagen, etwas wie einen Argwohn gegen unseren Freund Hollfelden."

„Ich erinnere mich nicht, derartiges geäußert zu haben. Aber es würde mich allerdings kaum sonderlich in Erstaunen setzen, einem solchen Argwohn bei anderen zu begegnen."

„Das läuft im Grunde so ziemlich auf dasselbe hinaus. Und ich gestehe, daß es mich sehr peinlich berührt. Ein Mann wie Hollfelden sollte doch wahrlich gegen jeden Verdacht geschützt sein."

„Wenn er es in diesem Fall nicht ist, so darf er niemanden dafür verantwortlich machen als sich selbst . . ."

„Wie soll ich das verstehen?"

„Sie werden mir zugeben, daß sein Benehmen in jener Nacht ein recht sonderbares gewesen ist, von den Sonderbarkeiten seines späteren Benehmens ganz zu schweigen. Es ist eine merkwürdige Reihe von Zufälligkeiten, die da ihr Spiel mit ihm getrieben haben. Kriminalisten aber haben nun einmal die üble Gewohnheit, solchen Zufälligkeiten, namentlich wenn sie sich in rascher Folge häufen, ein stark ausgeprägtes Mißtrauen entgegenzubringen."

Aber angenommen selbst, es wäre etwas Berechtigtes in dem, was Sie da sagen, ein Verdacht gegen Hollfelden könnte schon deshalb nicht aufkommen, weil für die Annahme seiner Beteiligung an dem Verbrechen auch nicht der leiseste Schatten eines Beweggrundes ins Feld geführt werden könnte. Dieser Martens war ihm nicht mehr und nicht weniger als ein gleichgültiger Fremder. Er kannte ihn nur von flüchtigen Begegnungen auf der Treppe her. Sie hörten es ja soeben aus seinem eigenen Munde."

„So sagte er, ja. Und er sagte auch, daß ihm der Mann höchst widerwärtig gewesen sei."

Der Oberstleutnant lächelte.

„Und weil er ihm ebenso widerwärtig war, wie er es wahrscheinlich auch Ihnem und mir gewesen sein würde, darum finden Sie es nun am Ende ganz natürlich, daß er ihn umgebracht habe."

„Nein. Ich betone, daß ich bis zu diesem Augenblick für meine Person keinen Verdacht gegen Herrn Hollfelden ausgesprochen habe. Aber wenn ich sonstige Gründe für einen solchen Verdacht hätte, würde es mich kaum beirren, daß, wie Sie sagen, auch nicht der Schatten eines Motivs vorhanden zu sein scheint. Was wissen wir denn schließlich von dem Innenleben selbst unserer besten Freunde? Wir würden oft genug bestürzt sein, wenn sich uns offenbarte, in wie gewaltigen Irrtümern wir uns bei ihrer Beurteilung bewegten."

Arnstorf strich seinen grauen Schnurrbart.

„Für die Mehrzahl der Menschen mag das vielleicht zutreffen," sagte er, „aber gerade für unseren Freund Hollfelden möchte ich es nicht gelten lassen. Es ist kein Geheimniskrämer. Leute von seinem Temperament pflegen im Gegenteil ihr Herz nur zu leicht auf der Zunge zu tragen."

„Was doch wohl nicht ausschließt, daß auch sie ihre Geheimnisse haben können. Gerade mit Leuten, bei denen wir am wenigsten darauf gefaßt waren, erleben wir zuweilen die wunderbarsten Dinge. — Ein Leben ohne Fehl und Makel, ohne Torheiten oder gelegentliche Verstöße gegen Gesetz und Recht ist ein Luxus, den sich am Ende doch nur sehr wenige Sterbliche leisten können."

Der Oberstleutnant fixierte ihn mit einem sehr ernsten Blick.

(Fortsetzung folgt.)

...ging eine Ansprache des Vorsitzenden Prof. Dr. Schwarz voraus, in der er sich mit dem Verhalten der Deutschnationalen auseinandersetzte und dazu einige unserer lieben und innigsten Lieder zu hören rief, die das deutschnationale Gefühl in den Herzen jeder echten deutschen Frau und Jungfrau, jedes deutschfühlenden Mannes und Jünglings zu heller Flamme entfachen. Dieses Gefühl, als gemeinsamer Besitz aller Deutschen, aber Asche und Schlacke bedeckt und erstickt die darunter glühende Kohle. Die deutschnationalen Frauen, denen der heutige Abend insonderheit gelte, seien bereits, diese zu entfernen. Denn einig müsse unser Volk wieder werden. Sonst müßten wir in der kommenden Not untergehen. Frau Hoffmann brachte ihre Ausführungen unter dem Gesichtspunkt „Frauen an die Front — an die Seite der Männer" vor und behandelte in dem ersten grundlegenden Teil die Verhältnisse und Vorgänge die schließlich zum Kriege und zu unserem inneren und äußeren Zusammenbruch geführt haben. Die uns als trauriges Erbteil übernommene Unehrlichkeit, aber auch das Glück, einen Friedrich den Großen besessen zu haben, der fremdtümliche, internationale Geist und seine Presse, aber auch die internationale deutsche Arbeit und mannhafte deutsche Art — der Niedergang unserer Politik seit Bismarcks Entlassung, aber auch das anerkennenswerte im Zeitalter Wilhelms II. — die Schuld der Staatsmänner, vor allem Bethmanns und die Schuldlosigkeit Wilhelms II., die sich immer mehr herausstelle, so willensschwach er auch gewesen sein möge — unser Volk, wie es am Rande seines offenen Grabes tanzt, (nach dem Ausspruche des Bischofs von London) der „Gang nach Golgatha" unserer Offizierkorps, den Eberi es geführt hat, die Erbärmlichkeit der „Geist der Revolution", dies und noch einiges dazu wurde von der Rednerin eindringlich, ernst und lebendig noch einmal an unserem geistigen Auge vorübergeführt, um zu enden mit der Feststellung: ehrlos, wehrlos und trostlos. Den Geist Stöckers beschwor die Rednerin, seinen Sturz beklagend und der edlen Königlich Treuen gedenkend, die so heiß um ihn gekämpft habe. — Nun sei der Feindbund unser Souverain, die herrschende Partei drängt überall an die Krippe, Unfreiheit sei an die Stelle der Freiheit getreten. Manches Erinnerungsband flocht die Rednerin in ihr Gewebe, so z. B. die erlauschten Worte von Walter Flex über den Herzog von Meiningen, der mit seinen getreuen Kriegern in fremder Erde ruhen will. — Immer wieder wurden die Frauen auf die Stelle hingewiesen, die ihnen zukomme „an die Front, an die Seite der Männer."

Der zweite Teil brachte die Unterscheidung der Parteien, die noch nicht jedem geläufig ist und die sehr als unerläßlich erachtet wurde. Am ausführlichsten behandelte die Rednerin die sozialistischen Parteien, ihren internationalen und religionsfeindlichen Charakter, der dem deutschen, sozialen und christlichen Standpunkt völlig entgegensetzt ist. Die Eigentümlichkeit des Zentrums, der deutschen demokratischen und der deutschen Volkspartei wurde mit kurzen Strichen gezeichnet, das von der deutschnationalen Auffassung Abweichende wurde angegeben als Aufklärung für die Zuhörerinnen und Zuhörer ohne irgendwelche angreifende Tendenz. Ueber einige erwähnte Tatsachen ging die Beurteilung in der nachfolgenden Aussprache allerdings auseinander — was nicht verwunderlich ist, wenn „der Standpunkt" des Beobachters nicht derselbe ist — das den beiden Rechtsparteien Gemeinsame wurde jedoch von einem Volksparteiler so stark und wirkungsvoll hervorgehoben, daß ein im übrigen unbedeutender Vorwurf von derselben Seite ohne Wirkung blieb.

Die Rednerin sprach klar und fesselnd, wenn auch nicht hinreißend und hat sicher guten Samen ausgestreut; man hörte ihren eineinhalbstündigen Ausführungen in lautloser Stille zu. — Am Schlusse wurde noch bekannt gegeben, daß am Mittwoch dieser Woche Herr D. Mumm im Hakenbergschen Saale eine Rede für die deutschnationale Partei halten wird.

— **Haus- und Grundbesitzerverein.** Der hiesige Haus- und Grundbesitzerverein veranstaltete am vergangenen Samstag im dichtbesetzten Saale Rosendahl eine Mitgliederversammlung, in welcher Lünenschloß-Hagen, einen mehr als 2½-stündigen äußerst fesselnden Vortrag hielt über das Thema: „Die heutige und künftige Lage des Hausbesitzes." Mußte schon der Vorsitzende, Westedde, in seinen Begrüßungsworten daran erinnern, wie durch den Höchstmietenerlaß ein bedrohendes Ungewitter sich auf den Hausbesitz legte, so knüpfte der Hauptredner des Abends daran an und führte dann zurück in die gute, alte Zeit, wo noch harmonisches Zusammenarbeiten zwischen Mieter und Vermieter die Regel bildete. Dann kam die Begeisterung beim Auszug in den Krieg, und ihr folgte die Sorge um die Kriegerfamilien. Die Städte übernahmen nur einen Teil der Miete, der Hausbesitz stand vor Einbußen, die man wohl eine kurze Zeit hätte ertragen können, aber niemand hatte mit der langen Kriegsdauer gerechnet. Das Reich hatte eigentlich die Verpflichtung, gänzlich für die Kriegerfamilien einzutreten, aber der Hausbesitz trug das Opfer und heute — kommt der Dank. Für diesen Opfersinn soll heute der Hausbesitz zum Weißbluten gebracht werden. Es kam die Wohnungsnot, die voraussetzen war, und hinterher hinkte das Mieterschutzgesetz, mit welchem dem Hausbesitz der Hut über die Ohren gezogen wurde: kein Kündigungsrecht, keine Räumungsmöglichkeit — nur Entrechtung! Als hohen Gerichtshof werden die Mieteinigungsämter eingesetzt, die ganz den Zeitströmungen anhingen und nach links neigten, während sie sich hinter Stegerwalds vielgepriesenem „billigem Ermessen" verschanzten. Wo blieb die Gleichberechtigung? Jedes Rechtsgefühl und Vertrauen mußte verloren gehen, auch zu einer Regierung die solche gesetzlichen Bestimmungen trifft ohne jedes Zutun von sachmännischer Seite. Man erkannte die Unhaltbarkeit des Stegerwaldserlasses in richterlichen Entscheidungen an: Amtsgericht Cellenkirchen, Landgericht Breslau, Oberlandesgericht Karlsruhe. Aber darum kümmerte man sich nicht „nach billigem Ermessen." Allenthalben setzte der Kampf gegen die 20 Proz.-Festsetzung ein. Eine neue Zwickmühle wurde geschaffen in dem Höchstmietenausschuß. Viel Erfolg zeigte sich, nur Arnsberg gab lediglich nicht nach, und das lag an dem starren Verhalten des Rev.-R. Rahm. Durch das mutige Vorgehen der Städte Hagen und Hamm wurde dieser Dezernent des Wohnungswesens beseitigt und genannten Orten eine Höchstmiete von 33⅓ Proz. bezw. 35 Proz. gestattet. Mehrfache Vorstellungen in Berlin waren dazu erforderlich und schließlich sah Min.-R. Kügler mit eigenen Augen den Verfall des Wohnungswesens in Berlin, das zur Gewinnung von Mansardenwohnungen für 7½ Mill. Mark Dachreparaturen ausführen lassen mußte. Auch stellt er den Abbau der Mieteinigungsämter in Aussicht: Kündigung und Räumung sollen wieder vor ordentlichen Gerichten erledigt werden. Und es ist auch die höchste Zeit; stellte doch Stadtv. Ladendorf-Berlin fest, daß die Mieteinigungsämter für Berlin in einem Jahre 3½ Mill. Kosten verursacht haben. Das hätte schon manche neue Wohnung gegeben. Die Aufhebung jeglicher Zwangswirtschaft bringt einzig Heil und Ordnung; und sie muß fallen und wird fallen durch die — Mieter. Dann beleuchtete Redner recht trefflich das Wohnungsmangelgesetz, das eine neue Inkanz trate: das Wohnungsamt, ihm übergeordnet das Mieteinigungsamt — herrliche Blüten! Die Zahl der Wohnungssuchenden wächst, eine Beschlagnahme hört bald auf — es liegt Hilfe nur im Neubauen, und das führt zur Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung. Die Regierung bringt des weiteren eine Wohnungssteuer. Ihr Ertrag soll die Ueberteuerung der Neubauten decken. Und dann das Reichsmietengesetz. Der Entwurf stammt von einem 23jährigen Mitarbeiter da oben! Zum 13. male findet in diesen Tagen die Entwurfsberatung statt, ein Zeichen, daß wir es mit einer sehr schweren Geburt zu tun haben. Da gilt es, mehr denn je, für unsere oberen Verbände zu arbeiten, um die Sache so günstig als möglich zu gestalten. Redner streifte dann die kommenden Landtagswahlen in rein sachlicher Form, um klar zu legen, daß jeder Hausbesitzer einen Zettel zur Wahlurne tragen muß. Ganz besonders beachtenswert waren die Ausführungen über die Brandnotversicherung, die unbedingt ein schon seit einiger Zeit scharf ins Auge gefaßt hat und demnächst für seine Mitglieder allgemein zur Durchführung bringen will. Notwendig ist nur, daß alle Mitglieder zu der nächsten, bald stattfindenden Generalversammlung erscheinen. Bietet doch die Brandnotversicherung die einzige Gewähr für volle Entschädigung. Reicher Beifall lohnte die überaus lehrreichen Ausführungen.

— **Tätigkeitsbericht des Arbeitsnachweisamtes für die Kreise Hagen Stadt, Land und Schwelm** für den Monat Januar 1921. Im Januar wurden vermittelt 1391 Arbeitskräfte, davon 965 männl., 426 weibl. Der Zugang betrug 1379 männl., 612 weibl., sodaß der Bestand an Arbeitslosen nach Abgang von 440 Ausgeschiedenen und 50 nach ausmärts gesandten noch 704 ist, der sich wie folgt verteilt: Hagen Stadt 292 männl., 78 weibl., Landkreis Hagen 89 männl., 27 weibl., Kreis Schwelm (Stadt und Land) 189 männl., 29 weibl. U. a. wurden vermittelt: in der Landwirtschaft 9 männl., 17 weibl., in der Metallindustrie 169 männl., im Handwerk 54 männl., 28 weibl., im Baugewerbe 51 männl., im Handelsgewerbe 25 männl., 19 weibl., freie Berufe 20 männl., 2 weibl. Ferner wurden 12 männl. und 1 weibl. Lehrlinge, sowie 4 Kriegsbeschädigte untergebracht.

hn. **Neue Straßenbahnwagen** hat die Hagener Straßenbahn seit letzten Samstag in Betrieb genommen. Wie wir hören, sind es bisher 5 Stück, während weitere 5 Triebwagen und 2 neue Anhänger sich auf dem Wege nach Hagen befinden. Nach Beendigung der Anlieferung sollen die neuen Wagen insbesondere auf Linie 1 und 2 Verwendung finden, da sie mit besonders starken Motoren ausgerüstet sind, die sich zur Ueberwindung der Steigung besser eignen. Die neuen Wagen bilden eine Zierde des Straßenverkehrs. Die auf den hinteren Plattformen angebrachten Türen für Ein- und Ausstieg werden sich in Stunden starken Verkehrs besonders angenehm bemerkbar machen. Die Innenausstattung ist einfach und gediegen und zeigt äußerst saubere Arbeit der Norddeutschen Waggonfabrik in Bremen. Die elektrische Einrichtung ist von der A. E. G. geliefert; dabei sind zum erstenmale für Hagen luftgekühlte Motore mit besonders hohem Wirkungsgrad eingebaut worden. Diese Wagen sind nach den Angaben des Direktors der Hagener Straßenbahn, Pforte, gebaut, dem bei dieser Gelegenheit für die Einführung dieser Neuerung im Besonderen und für die verhältnismäßig wohltuend glatte Durchführung seines Betriebes im Allgemeinen volle Anerkennung ausgesprochen werden muß. Die Beschaffungskosten eines der neuen Triebwagen belaufen sich jeweils auf über eine Viertelmillion.

— **Aenderung der Ausfuhrerklärungen.** Der Reichsminister der Finanzen hat durch Erlaß vom 20. 1. 21 die Bestimmungen über Form und Inhalt der Ausfuhrerklärungen ab 1. Februar 21 abgeändert. Der Erlaß kann bei sämtlichen Zollstellen des Hauptzollamtsbezirks Hagen eingesehen werden.

— **Paßkontrolle im besetzten Gebiet.** Im besetzten Gebiet finden in letzter Zeit an verschiedenen Tagen wieder eine schärfere Paßkontrolle statt. Amtlicherseits wird darauf hingewiesen, daß Pässe und Personalausweise vom Tage der Ausstellung ab höchstens ein Jahr Gültigkeit haben. Jeder, der ins besetzte Gebiet reist, prüfe vor der Abreise seine Papiere daraufhin, ob sie noch gültig sind. Wer ohne Ausweispapiere oder mit ungültigen (abgelaufenen) Ausweispapieren betroffen wird, setzt sich der Gefahr aus, daß er mit einer sofort zu vollstreckenden Gefängnisstrafe von mehreren Tagen belegt wird. Zur Reise in das besetzte Gebiet genügt ein gültiger Personalausweis. Ausgenommen ist das Saargebiet, wo Paß- und Visumzwang besteht.

— **Der 27. Westfälische Zuchtviehmarkt der Landwirtschaftskammer** für Bullen und Eber ist auf den 17. und 18. März ds. Js. in Dortmund, auf dem neuen Magerviehhof festgesetzt. Der Markt beginnt vormittags 8 Uhr, die Versteigerung der rotbunten Bullen am 17. März 1921, 12 Uhr vormittags, der schwarzbunten Bullen am 18. März 1921, 11 Uhr vormittags, die Eber werden unterhändig verkauft. Die auszustellenden Bullen (rot- und schwarzbunter Tieflandschlag) und Eber (des veredelten westfälischen Landschweins) sind bis zum 21. Februar ds. Js. bei der Landwirtschaftskammer in Münster, Schorlemerstraße 6, anzumelden. Markordnung und Anmeldebogen können von dort und den Bezirkstierzuchtinspektionen der Landwirtschaftskammer in Herford, Arnsberg und Paderborn kostenfrei bezogen werden.

— **Westfälisch-Lippischer Handwerkerbund.** Wie uns mitgeteilt wird, veranstalten die vereinigten Innungsausschüsse von Rheinland und Westfalen, das Kartell Rheinisch-Westfälisch-Lippischer Handwerkerfachverbände, der Westfälisch-Lippische Handwerkerbund und das Handwerks- und Gewerbeamt Hagen am Donnerstag, den 10. Februar 1921, nachm. 3 Uhr, in Hagen, Friedrichsluft, eine große Versammlung, welcher Syndikus Dr. Lübbering-Essen über „das Handwerk im neuen Deutschland", Baugewerksmeister Benninghaus-Merklinde über „das Handwerk und die Produktivgenossenschaften" sprechen werden.

— **Deutsche Wohnungs-Einrichtungen in Paris.** Ende des vergangenen Jahres ging durch die deutsche Presse die Nachricht, daß alle nach den Magasins Généraux Français, 236 rue Championnet, Paris, verbrachten Mobilien in allernächster Zeit öffentlich zur Versteigerung gebracht werden sollten. Anträge auf Rückgabe der persönlichen Effekten, Gegenstände von geringem Wert usw., gemäß des deutsch-französischen Abkommens vom 6. Februar 1920, müssen deshalb sofort durch Vermittlung des Bundes der Auslandsdeutschen, Abteilung Frankreich, Berlin C 2, Klosterstr. 75 eingereicht werden. Ohne diese Formulare ist eine Rückerlangung der Gegenstände unmöglich. Eine namentliche Liste der Betroffenen, deren Mobiliar im Februar zur Versteigerung kommt, liegt in der Abteilung Frankreich auf und alle Frankreich-Deutschen, welche Kenntnis davon haben, daß ihr Mobiliar nach den Magasins Généraux Français, 236 rue Championnet, Paris, verbracht worden ist, werden hiermit aufgefordert, diese Liste einzusehen. Die Listen liegen ferner auf in allen Ortsgruppen des Bundes der Auslandsdeutschen. Die im Reiche wohnenden Frankreich-Deutschen wollen sich deshalb an ihre Ortsgruppen wenden, damit sie noch das eine oder das andere retten können. Wiederholt wird, daß Anträge nur durch Vermittlung der Abteilung Frankreich des Bundes der Auslandsdeutschen, Berlin C 2, Klosterstr. 75, übermittelt werden können.

* **Milspe**, 7. Febr. Die Gemeindevertretung von Mühlinghausen beschloß in ihrer letzten Sitzung folgendes: Die Kosten der Umpflasterung der Boerderstraße vom Amtshause bis zur Bergstraße wurden bewilligt. Die Ausführung erfolgt in Basaltsteinen und teils in Klein-, teils in Mittelpflaster. — Zur Linderung der großen Wohnungsnot soll ein weiteres Wohnhaus mit 16 Zimmern (6 Wohnungen) am Lutzbad gebaut werden. Voraussetzung dabei ist Gewährung von Staatszuschüssen, da die Kosten etwa 300 000 ℳ betragen. — Die Mieten für die beiden Häuser am Lutzbad werden auf 100 ℳ bezw. 160 ℳ je Zimmer, ausschließl. Wassergeld usw., festgesetzt. — Dem Fabrikanten Jul. Stocken wird zur Errichtung eines Wohnhauses ein Bauplatz am Lutzbad in Größe von ca. 1100 qm zum Preise von 4 ℳ je qm unter der Bedingung verkauft, daß mit dem Bau sofort begonnen wird. — Die Straße vor den Häusern erhält den Namen „Hardtstraße". — Dem mit den Gebr. Hefendehl geschlossenen Vergleich über die Zurücksetzung der Einfriedigung in der Kölnerstraße wurde zugestimmt. — Die in Aussicht genommenen Notstandsarbeiten zur Beschäftigung von Erwerbslosen sollen sofort begonnen werden. Die Kosten werden bewilligt. — Dem Vorschlage der Gaskommission entsprechend, wird der Gaspreis vom 1. Januar 1921 ab auf 75 Pfg. bei Automatengas auf 80 Pfg. ohne erhöht. — Mit der von der Schuldeputation und Finanzkommission vorgeschlagenen Regelung der Bezahlung der Schuldienerinnen ist Vertretung einverstanden. — Die Kosten für die versuchsweise Einführung von Lehrfilmen in den Schulen werden übernommen. — Die Anträge des Haus- und Grundbesitzer-Vereins auf Ermäßigung bezw. Stundung des Grund- und Gebäudesteuers werden abgelehnt. In Bedürftigkeitsfällen sollen Einzelanträge wohlwollend geprüft werden. — Die Rechnung der Friedhofskasse für 1919 wurde abgenommen und dem Rendanten Entlastung erteilt.

— Dem Verein Freie soz. Proletarier-Jugend wurde ein Zuschuß von 100 ℳ zur Beschaffung von Spielgeräten bewilligt. — In der geheimen Sitzung wurden verschiedene Gesuche um Erlaß von Lustbarkeits- und Hundesteuern abgelehnt. Der Bildungsverein wird bezügl. seiner gemeinnützigen Veranstaltungen von der Lustbarkeitssteuer befreit.

Westfalen und Rheinland.

hn. **Hagen**, 7. Febr. Die Arbeitskammer der westfälischen Preisprüfungsstellen hielt eine Sitzung ab, in der sie sich mit den vom Bezirksausschuß in Westfalen für Vieh- und Fleischverkehr festgesetzten Erzeugerpreisen beschäftigte. Ferner wurde die Preisfestsetzung für das Schneidergewerbe kurz besprochen. Eine ausführliche Erörterung wurde für die nächste Sitzung vorgesehen, die Ende ds. Mts. in Gelsenkirchen stattfinden soll. Dort soll Assessor Debeug von der Preisprüfungsstelle in Hagen das von dieser in einer Beratung mit den Vertretern des Schneidergewerbes gesammelte Material vortragen.

hn. **Hagen**, 7. Febr. Die hiesige Beamtenschaft strebte bisher vergeblich die Versetzung der Stadt in Ortsklasse A an. Das war nun in Berlin fast erreicht, als bekannt wurde, daß die seitens des Oberbürgermeisters und der Vertreter der Arbeitnehmer dem statistischen Landesamt eingereichten Lebensmittelpreise von Arbeitgeberseite beanstandet worden seien. Das führte in den Kreisen der Beamten und Arbeitnehmer zu großer Erregung. Nach erregter Auseinandersetzung haben nunmehr auch die Arbeitgeber-Vertreter die Nachweisung unterschrieben und damit als richtig anerkannt.

* **Brecherfeld**, 7. Febr. Auf eigenartige Weise wurden vier versteckte Gewehre entdeckt. Ein Jagdhund verfolgte ein wildes Kaninchen, das in den Durchfahrrohr des Eisenbahndammes schlüpfte. Ein Knabe, der das Kaninchen fangen wollte, griff in das Rohr, faßte aber statt des Tieres die aufs beste eingefetteten Gewehre. Außerdem fanden sich an Ort und Stelle etwa 20 Patronen.

* **Bochum**, 9. Febr. Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß ein Kriegsteilnehmer nach dreiwöchiger Bewußtlosigkeit im hiesigen Krankenhause Bergmannsheil an der Schlafkrankheit gestorben sei. Nach dem Volksblatt liegt in einem hiesigen Krankenhause wieder ein älterer Mann seit 8 Tagen besinnungslos an der Schlafkrankheit darnieder. Auch der Tod des vor einigen Monaten verstorbenen Augenarztes Dr. Deilmann wird auf Schlafkrankheit zurückgeführt.

* **Dortmund**, 8. Febr. Unter dem Verdacht, die Dortmunder Union um zwei Millionen ℳ betrogen zu haben, sind nach der Tremonia die Kaufleute van den Oord und vom Kothen verhaftet worden. Durch die Verhaftung wurde ein Plan, der sich auf die unrechtmäßige Erlangung von fünf Millionen Mark bei der Union richtete, durchkreuzt. Die Verhafteten hatten vier verschiedene Firmen unter Dortmunder, Hagener und Essener Namen gegründet und durch Briefbogen die Besteller irregeführt.

* **Essen**, 8. Febr. Eine hier abgehaltene Konferenz der Straßenbahner-Organisation verwarf den Vorschlag des Arbeitgeberverbandes, das Reichsarbeitsministerium anzurufen, sie verlangte die Anerkennung des Schiedsspruches; ablehnenden Falls soll eine neue Konferenz über weitere Maßnahmen, eventuell einen Streik, beschließen.

* **Benrath**, 7. Febr. Auf Vorschlag des Vorstehenden des Sparkassenvorstandes, Bürgermeisters Melles, beschloß der Gemeinderat von Benrath einstimmig die Gründung einer Gemeindebank in Benrath und die Eröffnung einer Depositenkasse in Holthausen.

Turnen, Sport und Spiel.

In dem gestrigen Sportbericht sind durch Setzfehler einige kleine Unrichtigkeiten entstanden. Nicht die Liga, sondern die Ligareserve-Mannschaft spielte gegen Herdecke. Das Spiel wurde nicht frei, sondern hier durchgeführt. Das Resultat der 3. Mannschaft gegen V. f. B. Barmen ist 5:0 anstatt 3:0 zugunsten Barmen. —

T. V. Lichtenplatz 1. — T. V. Milspe 1. 6:1.

Das Meisterschaftsspiel obiger Vereine wurde wegen Ausbleibens des Schiedsrichters nicht ausgetragen, wohl aber einigte man sich auf ein Gesellschaftsspiel, welches leider ½ Std. vor Schluß und bei einem Stande von 6:1 für Lichtenplatz von Milspe abgebrochen wurde. — Das Ausbleiben des Schiedsrichter wird bald zur Regel. Vielleicht greift hiergegen die Schiedsrichter-Vereinigung energisch ein.

Theater und Musik.

Städt. Schauspielhaus Hagen.

In der heute stattfindenden Aufführung der Humperdinckschen Märchenoper „Hänsel und Gretel" wird die Partie des Hänsel von Erna Schröder-Hallensleben, und die der Mutter von Berta Langard gesungen. Für die am Sonntag, den 13. Februar, abends 6 Uhr, statt-

findende Gedächtnisfeier zum Todestage unseres Meisters Richard Wagner mit der Aufführung „Die Meistersinger" beginnt der Vorverkauf am Mittwoch.

Stadttheater Barmen.

Dienstag, 8. Febr.: „Der Kaufmann von Venedig". Mittwoch, 9. Febr.: Geschlossen. Donnerstag 10. Febr.: „Liselott von der Pfalz". Freitag, 11. Febr.: „Die Fledermaus". Samstag, 12. Febr.: „Alt Heidelberg". Sonntag, 13. Febr.: „Cavalleria rusticana" und „Der Bajazzo", sowie „Die Banditen".

Stadttheater Elberfeld.

Dienstag, 8. Febr.: „Figaros Hochzeit". Mittwoch, 9. Febr.: „Der Kaufmann von Venedig". Donnerstag, 10. Febr.: „Die Banditen". Freitag, 11. Febr.: „Torquato Tasso". Samstag, 12. Febr.: Geschlossen. Sonntag, 13. Febr.: „Alt-Heidelberg" und „Liselott von der Pfalz".

Briefkasten.

W. E., Kehr b. Milspe. Wenn die vermieteten Räume auch als Werkstätte vermietet worden sind, so können Sie dem Mieter das Hämmern und Klopfen darin, soweit es das übliche Maß nicht übersteigt, nicht untersagen. Abgesehen von Ausnahmefällen muß der Mieter jedoch die zur Arbeit gebräuchlichen Stunden einhalten. Falls er dies nicht tut und dadurch die Mitbewohner ungebührlich belästigt, so wenden Sie sich zunächst an das Mietseinigungsamt. Evtl. können Sie dann Klage auf Unterlassung erheben. — Der Mieter ist berechtigt, Besuch in seiner Wohnung zu empfangen. Dies darf jedoch nicht zu einer Störung für die andern Hausbewohner werden.

Solange dies nicht der Fall ist, können Sie gegen die Besuche, falls diese einwandfrei sind, nichts einwenden.

Interessent. Sie können grundsätzlich zwar als Vater eine Namensänderung für ihre Kinder beantragen, auch ohne daß ihr Name geändert wird. Wir glauben jedoch nicht, daß dem Antrage stattgegeben wird, da Verwirrungen unausbleiblich sein würden.

Kohlenbericht

des Kreiselektrizitätswerks Schwelm, Kraftstation Gevelsberg.

Datum	Eingang t	Verbraucht t	Bestand t
5. 2.	152	82	610
6. 2.	—	25	594
7. 2.	165	110	649

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Für drahtliche Auszahlungen	4. Februar Geld	4. Februar Brief	7. Februar Geld	7. Februar Brief
Holland 100 Gulden	2137.65	2142.35	2132.65	2137.35
Belgien 100 Frk.	462.00	463.00	462.00	463.00
Norwegen 100 Kr.	1143.80	1146.30	1147.85	1150.35
Dänemark 100 Kr.	1283.75	1286.25	1291.20	1293.70
Schweden 100 Kr.	1381.10	1383.90	1378.60	1381.40
Finnland 100 fin. M.	224.75	225.25	213.75	214.25
Italien 100 Lire	225.75	226.25	4.25	4.25
England 1 Pfd. St.	241.75	242.00	243.45	243.70
Amerika 1 Dollar	62.93	63.07	62.83	62.97
Frankreich 100 Frk.	441.60	442.70	441.05	442.15
Schweiz 100 Frk.	1096.45	1098.85	1091.45	1093.85
Spanien 100 Pes.	869.10	870.90	874.10	875.90
Oesterreich 100 Kr.	00.00	00.00	0.00	0.00

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Boswinkel; für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Herkenrather, beide in Gevelsberg.

Statt Karten.

Otto Dibbert
Hedwig Dibbert
geb. Hagebölling

gaben ihre Vermählung bekannt.

Katernberg (Kreis Essen), im Febr. 1921.
Zechenplatz 12, Telefon 21.

Die nationale Einheitsfront

ist das Gebot der Stunde. Parteiinteressen haben angesichts der Not des Vaterlandes zurückzutreten. Dem Vernichtungswillen der Feinde muß das deutsche Volk geschlossen entgegentreten. Eine Regierung der nationalen Verteidigung

will

die Deutsche Volkspartei. Leider ist es ihr nicht gelungen, dieses große Ziel zu erreichen. Sie wird aber nicht müde werden, alle wirklichen Kräfte für die nationale Verteidigung in den wirtschaftlichen Aufbau zu sammeln. Darum

die Deutsche Volkspartei!

Steuerzahlung.

An die Zahlung der rückständigen Beträge von ¾ der Grund-, Gebäude und Gewerbesteuer, der vorläufig festgesetzten Reichseinkommensteuer, der ganzen Hundesteuer, des Real- und Mädchenschulgeldes, der Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, der Feuersozietätsbeiträge, Pächte, Mieten, Erinnerungsgebühren usw. wird mit dem Bemerken erinnert, daß Zahlungen ohne Kostenberechnungen nur noch bis zum 14. Februar erfolgen können. Besondere Mahnungen durch Zustellung von Erinnerungszetteln erfolgen nicht mehr. Zahlungen durch Ueberweisungen müssen so zeitig erfolgen, daß sie bis zu diesem Termine der Kasse bekannt sind.

Gevelsberg, den 2. Februar 1921.

Die Vollstreckungsbehörde:
Bahmann, Stadtrentmeister.

Oeffentliche Wähler-Versammlung

der deutschnationalen Volkspartei.

Mittwoch, den 9. Februar, abends 8 Uhr,

im Saale des Herrn Rich. Hackenberg.

Redner:
Herr Reichstagsabgeordneter D. Mumm.

Thema:
„Die Bedeutung des preußischen Wahlkampfes für Preußen und das deutsche Volk".

Freie Aussprache.

Alle Wählerinnen und Wähler Gevelsbergs sind herzlich eingeladen.

Eintritt 1.— Mk.

Jahresbesuch Technikum Lage (Lippe) Progr. frei über 700. Beginn 19. 4. 21. Maschinenbau, Elektrotechnik, Baufach. D. Vorkursus (1. J.) Zeitersp. für Einjähr.

Erklärung!

Die am Montag, den 6. Februar im Vereinslokal zahlreich versammelten Mitglieder der „Vereinigung ehemal. Kriegsgefangener", Ortsgruppe Gevelsberg sprechen einmütig ihre schärfste Entrüstung aus über die unerhörten Verleumdungen, die der Führer der Metallarbeiter, Oettinghaus in Nr. 21 und 29 der „Volksstimme" gegen Herrn Paul Ferd. Peddinghaus erhoben hat. Sie beschließen einstimmig, öffentlich zu erklären, daß sie Angriffe gegen ihren bewährten Führer als gegen sich selbst gerichtet betrachten und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zurückweisen werden.

Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener.

Overkott, 1. Vorsitzender. — Schäferhoff, Schriftführer.

Kaufen Sie

Dixin von Henkel

bestes **Seifenpulver**

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

STEUERKURSUS.

Zu dem **heute** abend **½8 Uhr** im **Restaurant Hackenberg** anfangenden Steuer- und Buchführungskursus — können noch Interessenten beitreten. —

Veritas, Reichs-Buchhalterei.

Erhalte Mittwoch 1 Waggon

Soester Brot,

Semmel, Schwarzbrot, Bauernstuten.

Carl Hahn,
Hagener Straße 45.

Gelegenheitskauf!
Ia. Stoff
für 2 Herrenanzüge. Mtr. 100 Mk., aus Privathand. Mittelstraße 17, I.

Hotel Zur Haufe.

Dienstag abend 8 Uhr
in meinem herrlich dekorierten Saale:



Großer karnevalistischer **Ball.**

(Philh. Orchester Elberfeld.)

Der Reinertrag sowie 5 Prozent der Einnahme sind für die Oberschlesier-Spende bestimmt.

Kein Kostüm-Zwang.
Eintrittspreis 6.— Mk.
Es ladet freundl. ein
Heinrich Reuter.

Telegramm!

Mittwoch auf dem Wochenmarkt eine Waggonladung
prima frische, grüne, große Heringe
4 Pfund nur 11.— Mk.
Ferner
neue Holländer Salzheringe
zu konkurrenzlos billigen Preisen.
— Verkauf findet bestimmt statt. —
M. Sichtermann aus Hagen.

Trauerbriefe und Danksagungskarten
werden schnellstens angefertigt. Phil. Baltin.

Tonhalle Theater Mittelstr. 36

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 7 Uhr.

Das Sensations-Programm:

Der schwarze Wolf.

Wild-West-Sensationsdrama in 5 Akten.
Wilde, verwegene, atemraubende Szenen fesseln aufs höchste.

Der geheimnisvolle Fremde.

Detektiv-Sensation. 5 Akte.
Eine Fülle spannender Momente.

Er, Sie und der Dackel.

Köstlicher Schwank in 3 Akten.

Ab 8 Uhr noch der ganze Spielplan.

Wir suchen zur Inseration Vertretung erteilen erste Adressiermaschinenfabrik. Eingeführte, renommierte Firmen bevorzugt. „Mestos" Mitteldeutsches Reklame-Institut, Frankfurt a. M. Stiftstr. (Handels-Hof).

Lehrling
zu Ostern gesucht.
Carl Tenniffen,
Maler- u. Anstreichermeister.

Sofort ordentliches **Mädchen** gesucht.
Pastorat Reuter.

Für Damen, Herren und Kinder aller Art

HÜTE

werden schnell und billig gereinigt, gefärbt und in modernen Formen **umgepreßt.**
Modernisierung sämtl. Damen- u. Kinderhüte.
E. Taubert, Vogelsang
(Poeten, Hagener Straße 38.

Eine Tat,

eine vaterländische Tat, nannte Graf Posadowsky, als Führer der Deutschnationalen in der Nationalversammlung, den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition, weil dadurch zum erstenmale die Bildung einer bürgerlichen Regierung auf nationaler Grundlage ermöglicht wurde.

Graf Posadowsky

ermahnt seine ehemalige Partei, ihre Stellung der Regierung gegenüber zu ändern, weil sie nicht in die neue Regierungskoalition eingetreten sei. Es muß Staatspolitik und Parteipolitik getrieben werden. Staatspolitik erfordert positive Mitarbeit. Staatspolitik betreibt die

Deutsche Volkspartei.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg.
Heute abend ½9 Uhr, in der Kirche:
Passions-Andacht
P. Schlaemann

Tüchtige **Herdmaurer** für dauernde Beschäftigung gesucht.
Friedr. Bockhacker jr.

Einige gelübte **junge Leute** zum Bürsten von kleinen Teilen für dauernde Beschäftigung suchen sofort
Caure & Thun.

Lebensm.-Kleingeschäft mit eine tüchtige, branchekundige **Verkäuferin,** die im großen Geschäft tätig gewesen ist. Bewerberinnen, welche Schaufenster ausstellen und eine moderne Kasse bedienen können, werden bevorzugt.
Ang. mit Zeugnisabschr. unter Nr. 3611 an die Geschäftsstelle ds. Ztg. erbeten.

Mehrere jugendliche **Arbeiterinnen** sofort gesucht.
Lentzen, Schulstraße.

Halbtagsmädchen für sofort gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsst.

Ordentliches **Halbtagsmädchen** per 1. Mittelstraße 30, I., links.

Mädchen oder Putzfrau für abends gesucht. Da selbst **Zimmer** zu vermieten. Hagener Str. 14, part.

Verl.: Mündl. **Nachtwächter** unter Chiffre K. R. **Die Stelle ist bes** den Bewerbern bekannt. Die verschiedenen Ortsgruppen Ennigloh gehen den Bewerbern wieder zu.
K. R.

Suche für meinen Sohn, welcher am 1. April d. Handelsschule verläßt,
Stelle
auf einem kaufmännischen Büro. Ang. bel. erb. unter I. S. 734 an die Gesch.

Suche mich mit einem Kapital von **30—40 Mille** an einem kl. Fabrikationsunternehmen zu beteiligen.
Angebote unter B. K. 12 an die Geschäftsst. ds. Ztg.

Wegen Umzug **Kücheneinrichtung** mit kombin. Herd (für Kohle und Gas) preiswert zu verkaufen. Näheres Kohlenhofer Str. 1.

4 Militärwagen, 1 **Schraubstock,** 75 kg schwer, **100 gewebte Säcke** zu verkaufen.
H. Pilzing, Vogelsang.

500 □ Meter **Gartenland** preiswert zu verkaufen. Vom wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Ztg.

2 junge Herren suchen **freundl. möbl. Zimmer** mit od. ohne Pension, möglichst Nähe Bahnhof. Gefl. Angebote unter L 44 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Abzugeben **Schaf** m. 4 Pfd. Wilh. Gräfer, Bollerhof bei Gevelsberg.

Wachsamer Hund billig zu verkaufen.
Koch, Feuerstraße 13.

Foxterrier
4 Monate alt, zu verkaufen.
Sauerbruch 70.